ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gern, Klaus-Jürgen

Article — Published Version

Konjunkturschlaglicht: Brexit dämpft Konjunktur nicht nur in Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen (2016) : Konjunkturschlaglicht: Brexit dämpft Konjunktur nicht nur in Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 96, Iss. 9, pp. 699-700,
https://doi.org/10.1007/s10273-016-2037-6

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/156438

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-016-2037-6

Konjunkturschlaglicht

Brexit dämpft Konjunktur nicht nur in Großbritannien

Die wirtschaftlichen Aussichten für Großbritannien haben sich durch die Entscheidung im Referendum vom 23. Juni 2016 für einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union spürbar eingetrübt. Längerfristig werden vor allem eine voraussichtlich schwächere Produktivitätsentwicklung und eine langsamere Zunahme des Arbeitskräftepotenzials das Wachstum beeinträchtigen, wobei das Ausmaß freilich von der konkreten Ausgestaltung der Rahmenbedingungen nach der tatsächlichen Trennung von der EU abhängt. Kurzfristig wird die wirtschaftliche Aktivität insbesondere durch die gestiegene Unsicherheit gedämpft. Die konjunkturellen Auswirkungen werden auch in anderen europäischen Ländern spürbar sein, dürften aber insgesamt moderat bleiben. Auf lange Sicht beeinflusst der EU-Austritt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Großbritannien über verschiedene Kanäle, wobei nicht nur die Stärke, sondern teils auch die Richtung der Effekte von der Ausgestaltung der Politik nach dem Brexit abhängt.[1]

- *Handel*: Mit dem Austritt aus der EU werden sich die Handelsschranken für die britische Wirtschaft im innereuropäischen Handel voraussichtlich erhöhen, und auch im Handel mit der übrigen Welt werden sich die Bedingungen insgesamt wohl zunächst verschlechtern, da es schwierig sein wird, in kurzer Zeit eine große Zahl bilateraler Verträge als Ersatz für die Präferenzabkommen der EU mit 53 Ländern auszuhandeln. Dies drückt auf den Umfang des Handels und die Effizienz der Güterbereitstellung. Bedeutsam ist auf längere Sicht vor allem, dass sich infolge einer verringerten Offenheit der britischen Wirtschaft die Wettbewerbsintensität und das Produktivitätswachstum nachhaltig verringern würden.

- *Direktinvestitionen*: Direktinvestitionen sind ein bedeutender Treiber des Wirtschaftswachstums; sie erweitern den Kapitalstock, erhöhen die Exportkapazität der Wirtschaft und fördern Innovation und Produktivität. Der Umfang der Direktinvestitionen wird voraussichtlich sinken, insbesondere weil Großbritannien als Produktionsstandort für Unternehmen außerhalb der EU weniger attraktiv würde, wenn der unbeschränkte Zugang zum Gemeinsamen Markt der EU nicht mehr wie bisher gewährleistet ist. Besonders schmerzhaft wäre es für Großbritannien, wenn Unternehmen des Finanzsektors in nennenswertem Umfang ihre Standortentscheidungen überdenken würden.

- *Migration*: Ziel der Brexit-Befürworter ist es, die Zuwanderung von Arbeitsmigranten aus der EU, insbesondere aus Osteuropa, stark zu begrenzen. Allerdings hat die Einwanderung in den vergangenen Jahren das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wesentlich getragen. Eine drastische Änderung der Zuwanderungspolitik würde das Wachstumspotenzial der britischen Wirtschaft spürbar verringern.

- *Regulierung*: Eine überzogene Regulierung durch die EU gilt in Großbritannien vielfach als Bremse für das Wachstum. Bei genauerer Betrachtung sind Hemmnisse für eine Deregulierungspolitik aber wohl eher im Inland als in Brüssel zu suchen, so dass Erwartungen enttäuscht werden dürften, dass eine Befreiung von für überflüssig gehaltenen regulatorischen Fesseln erhebliche wirtschaftliche Impulse erzeugen könnte.[2]

- *Fiskalische Entlastung durch Fortfall der Beiträge zur EU*: Die Nettozahlungen Großbritanniens zum EU-Haushalt beliefen sich 2014 auf rund 0,5% des BIP. Die effektiven Einsparungen durch den Brexit sind allerdings geringer, da sich der Nettobeitrag in den kommenden Jahren ohnehin auf etwa 0,3% des Bruttoinlandsprodukts verringert hätte. Darüber hinaus wären auch nach einem Brexit finanzielle Beiträge zur EU fällig, sollten Regelungen ähnlich denen mit der Schweiz und Norwegen getroffen werden. Vor allem aber ist den rechnerischen fiskalischen Einsparungen eines EU-Austritts die Budgetbelastung entgegenzustellen, die sich durch die zu erwartende Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität ergibt. Diese würden nach der ganz überwiegenden Mehrzahl der verfügbaren Schätzungen die Höhe des britischen Nettobeitrags – zumeist deutlich – übersteigen.

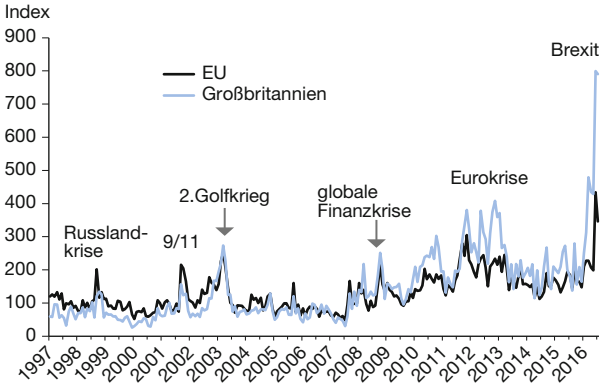
Alles in allem lassen die verfügbaren Studien zu den wirtschaftlichen Auswirkungen eines Brexit mehrheitlich beträchtliche langfristige gesamtwirtschaftliche Kosten für Großbritannien erwarten, auch wenn einzelne Untersuchungen bei günstigen Annahmen sogar zu wirtschaftlichen Nettoerträgen gelangen. Die Kosten werden auf längere Sicht je nach Szenario auf eine Größenordnung von 1% bis 8% des BIP veranschlagt.

1 Vgl. hierzu OECD: The Economic Consequences of Brexit: A Taxing Decision, Economic Policy Paper, Nr. 16, Paris 2016; und M. Ebell, J. Warren: The Long-Term Economic Impact of Leaving the EU, in: National Institute Economic Review, 236. Jg. (2016), Nr. 1, S. 121-138.

2 Vgl. OECD, a.a.O., S. 29.

Abbildung 1

Politische Unsicherheit in Großbritannien und der EU



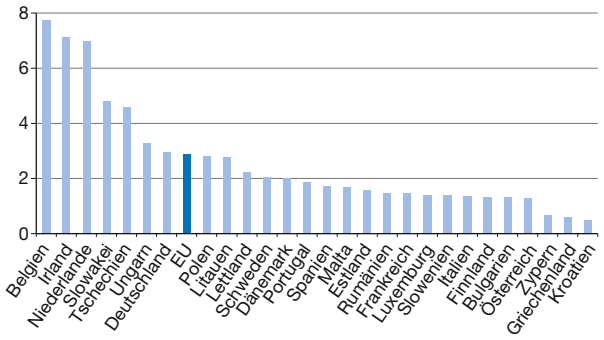
Anmerkungen: Monatsdaten. Der Index misst die Unsicherheit anhand der Zahl von Artikeln in ausgewählten Publikumszeitschriften, die Begriffe enthalten, die mit Unsicherheit oder diskutierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen assoziiert werden. EU beinhaltet Indizes für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien.

Quelle: http://www.policyuncertainty.com.

Abbildung 2

Exporte nach Großbritannien, 2015

Jahresdaten in % des BIP (in laufenden Preisen)



Quellen: Internationaler Währungsfonds: Direction of Trade Statistics; Eurostat; eigene Berechnungen.

Der Brexit führte an den Finanzmärkten zu beträchtlichen Reaktionen: Die Aktienkurse brachen weltweit ein, die Renditen auf Staatsanleihen erreichten neue Tiefstände, und das britische Pfund wertete drastisch ab. Die Notenbanken – nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den USA und im Euroraum – signalisierten rasch, dass sie einer ausgeprägten Verschlechterung des Finanzmarktumfelds entgegenwirken würden. In der Folge verringerte sich die Volatilität an den Finanzmärkten wieder. Die Erwartung einer expansiveren geldpolitischen Ausrichtung trug dazu bei, dass sich die Aktienkurse wieder erholten, während die langfristigen Zinsen offenbar nachhaltig gesunken sind. Auch das Pfund Sterling notierte bis zuletzt unverändert niedrig, was als Ausdruck verschlechterter Wachstumsaussichten und gestiegener Risiken für die britische Wirtschaft interpretiert werden kann.

Der wichtigste Kanal, über den die wirtschaftliche Aktivität kurzfristig beeinflusst wird, ist die politische Unsicherheit, die sich im Vorfeld des Referendums deutlich erhöht hat und nach dem Entscheid weiterhin als hoch wahrgenommen wird, da sich die tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen erst mit der Zeit herausstellen werden (vgl. Abbildung 1). Zunächst werden wohl insbesondere die Investitionen in Großbritannien unter der Unklarheit über die Ausgestaltung der zukünftigen außenwirtschaftlichen Beziehungen – aber auch anderer institutioneller Rahmenbedingungen, die derzeit auf EU-Ebene bestimmt werden – leiden. Doch auch der private Konsum dürfte als Folge von Zurückhaltung bei Neueinstellungen, sinkenden Immobilienpreisen und des durch höhere Importpreise verursachten Kaufkraftentzugs gedämpft werden. Hingegen werden die Exporte durch die wechselkursbedingt verbesserte Wettbewerbsfähigkeit tendenziell angeregt. Dies spiegelt sich auch in der Stimmung der Industrie, die sich im August von ihrem Einbruch im Juli erholt hat. Allerdings ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Exporten in den vergangenen Jahren deutlich gesunken und der Finanzdienstleistungssektor, der infolge des Brexit im internationalen Wettbewerb an Boden verlieren könnte, hat an Gewicht gewonnen. Das IfW rechnet für das zweite Halbjahr 2016 nun mit einer leicht rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Produktion in Großbritannien und einer nur moderaten Expansion im kommenden Jahr. Es hat seine Prognose für den Anstieg des BIP im Jahr 2017 sehr deutlich – von 2,1% auf 0,6% – reduziert.

Ein Brexit würde die übrigen Länder der EU ebenfalls negativ berühren, zum einen durch den Anstieg der Unsicherheit, zum anderen durch den Effekt eines weniger effizienten Güteraustauschs mit Großbritannien. Dabei dürften die einzelnen Länder wohl in etwa proportional zur Intensität der wirtschaftlichen Verflechtung mit Großbritannien betroffen sein; die Bedeutung Großbritanniens als Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft ist in etwa so hoch wie für die EU insgesamt (vgl. Abbildung 2). Das IfW schätzt, dass der BIP-Zuwachs in Deutschland infolge des Brexit bis 2018 insgesamt um etwa 0,5% geringer ausfällt, wobei der überwiegende Teil des Effekts im zweiten Halbjahr 2016 und Anfang 2017 wirksam wird. Ein Risiko ist, dass das Votum für den Brexit zu Diskussionen um den Austritt auch anderer Länder führt. Sollte das Auseinanderbrechen der Europäischen Union tatsächlich zu einem realistischen Szenario werden, wäre dies mit einer erheblichen zusätzlichen Verunsicherung der wirtschaftlichen Akteure und entsprechenden Einbußen für die Wirtschaftsentwicklung verbunden.

Klaus-Jürgen Gern
klaus-juergen.gern@ifw-kiel.de